

Erich Weede

Inseln der Rationalität: Wie überwindet man fehlerhafte Entscheidungen auf dem Markt, in der Wissenschaft und in der Politik?*

Abstract: Rationality is the attempt to cope with human fallibility. It presupposes individual freedom and responsibility where responsibility includes suffering from one's errors. If humans are fallible, then one of the most important characteristics of a social order is whether or not it provides mechanisms for eliminating and correcting errors. It is easiest to institutionalize rationality in an economy. Contestable markets, competition and the threat of bankruptcy suffice. Within academia or science, rationality requires humans to give up the utopian quest for certainty, but nevertheless to continue to rely on logic and experience to make theories ever more consistent as well as compatible with observable facts. It is most difficult to achieve a minimum of rationality in the field of politics. In politics one always suffers from the errors of others rather than from one's own errors.

1. Allgemeine Überlegungen

Wer sich um Rationalität¹ und die Erkenntnis der Welt, wie sie ist, bemüht, der muss die menschliche Neigung zum Irrtum, seine Fallibilität, zum Ausgangspunkt wählen (Popper 1934[1969]; Albert 1988). Das gilt unabhängig davon, ob man sich primär für eine Methodologie interessiert, die Erkenntnisfortschritt ermöglicht, oder für eine Wirtschaftsordnung, die eine möglichst gute Versorgung der Konsumenten ermöglicht, oder für eine politische Ordnung, die das friedliche Nebeneinander und Miteinander der Menschen ermöglicht. Weil Politik immer an staatlicher Macht und damit an einem „Monopol legitimer physischer Gewalt-

* Dieser Aufsatz ist wesentlich durch die Ausführungen Vanbergs (2008b) bei den European Public Choice Meetings in Jena angeregt worden. Obwohl wir zu ähnlichen Schlussfolgerungen kommen, möchte ich streckenweise ganz anders argumentieren. Aber unsere Ansätze dürften eher komplementär als mit einander inkompatibel sein.

¹ Unter Rationalität verstehe ich das, was Weber (1922[1964], 18) Zweckrationalität nennt. Dabei geht es primär um die Zuordnung geeigneter Mittel zu gegebenen Zwecken. Weil Zwecke oder Ziele nicht gleichzeitig erreichbar sein müssen, sondern inkompatibel sein können, stellt sich auch das Problem der Rangordnung der Zwecke. Man will keine höherwertigen Zwecke aufgeben, um untergeordnete Zwecke zu erreichen. Rational ist der Versuch der Nutzenmaximierung (McKenzie/Tullock 1978, 9). Dieser Versuch impliziert die Bereitschaft, vertraute Pfade – zumindest Irrwege – zu verlassen.

samkeit“ (Weber 1922[1964], 1043) orientiert ist, ist damit schon angedeutet, dass die Rationalität in der Wissenschaft und in der Wirtschaft jederzeit durch die Politik gefährdet werden kann. Der Nobelpreisträger Hayek (2001, 151) ist so weit gegangen zu bekennen, „dass im Laufe eines langen Lebens meine Meinung über Regierungen ständig schlechter wurde: Je klüger sie zu handeln versuchen [...] umso mehr Unheil scheinen sie zu stiften.“ Gewaltmonopolisten können die Produzenten entmutigen und deshalb die Konsumenten verhungern lassen.² Sie können diejenigen, die sich um Wahrheit bemühen, mundtot machen, einsperren oder ermorden lassen. Autonomie für Wirtschaft und Wissenschaft mögen zwar – worauf unten zurückzukommen ist – Voraussetzungen für Rationalität in diesen Lebensbereichen sein, aber sie sind immer prekär, weil letztlich Zugeständnisse der Politik. Das gilt auch dann, wenn in einem System mit einander rivalisierender Staaten eine blühende Wirtschaft und Wissenschaft langfristig zur Überlebensfähigkeit des politischen Systems beitragen können. Kurzfristig dominieren die Machthaber. Deren Hauptmerkmal kann man mit Deutsch (1963, 247) darin sehen, dass sie sich gegen die Zumutung lernen zu sollen wehren können. Mit Dahrendorf (1968, 14) sollte man nicht vergessen: „Wo es Herrschaft gibt, gibt es auch Irrtum.“

Die Korrigierbarkeit von Fehlentscheidungen setzt voraus, dass niemand die Macht hat, einmal getroffene Entscheidungen gegen Kritik zu immunisieren. Die Chance, den Irrtum zu korrigieren setzt dezentrale, von einander unabhängige Entscheidungen voraus. Einen Beitrag zum Auffinden der Wahrheit kann nur derjenige leisten, der selbständig nach Wahrheit suchen darf und nicht das akzeptieren muss, was die Amtspersonen einer Kirche oder eines Staates ihm als Wahrheit vorsetzen. Ähnlich kann zur besseren Versorgung der Bevölkerung mit Gütern vor allem derjenige beitragen, der unternehmerisch tätig werden darf, neue Produkte anbieten darf oder neue Produktionswege finden. Zumindest muss jedem selbst überlassen bleiben, ob man lieber unternehmerisch tätig wird oder seine Arbeitskraft einem Arbeitgeber unterstellt. Weil jede Ausweitung des Zugriffs der Politik und der Staatstätigkeit den Zentralisierungsgrad der Gesellschaft erhöht, trägt das notwendigerweise dazu bei, dass die Korrigierbarkeit von Fehlentscheidungen abnimmt. Legitimität der politischen Eingriffe in dem Sinne, dass sie von allgemeiner oder wenigstens breiter Zustimmung getragen werden, löst das Problem der Fehlerkorrektur nicht. Irrtümer werden durch zunehmende Popularität nicht harmloser, sondern gefährlicher, weil Widerspruch unwahrscheinlicher wird und mehr Mut erfordert. In allen Lebensbereichen setzt rationale Praxis voraus, dass es Raum für die Korrektur von Fehlentscheidungen gibt. In dieser Hinsicht haben Preis- und Qualitätskonkurrenz auf dem Markt, theoretische Kontroversen und möglichst gründliche Überprüfung von Theorien und Parteienwettbewerb in der Politik eine ähnliche Funktion. Wer teure Waren schlechter Qualität auf dem Markt anbietet, kann dem Wettbewerb nicht stand-

² Das eindrucksvollste Beispiel liefert der sog. ‚große Sprung nach Vorn‘ in China unter Mao Zedong. Mit der Schaffung der Volkskommunen hat er die Eigentumsrechte der Bauern extrem verdünnt, die Arbeitsanreize vernichtet und den Bauern die Möglichkeit zum Einsatz ihres Wissens genommen. Das Ergebnis waren mehr als 30 Millionen Hungertote (Rummel 1994; Weede 2000, 114–116).

halten und wird als Anbieter eliminiert. Wer eine nichts-sagende oder falsche Theorie nach der anderen entwickelt oder wer bei der Überprüfung von Hypothesen immer wieder mit ungeeigneten Untersuchungsplänen und schlechten Daten arbeitet, wird in der Wissenschaft seinen Ruf ruinieren. Wer in der Demokratie ein politisches Programm verkündet, dass den Interessen der Wahlbevölkerung nicht gerecht wird, der wird abgewählt werden.

2. Freiheit, Verantwortung und Rationalität in der Wirtschaft

Rationales Handeln ist in der Wirtschaft leichter als in anderen Lebensbereichen durchzusetzen. Wettbewerbsmärkte erzwingen Rationalität (Alchian 1950; Frey/Eichenberger 1991). Wettbewerbsmärkte kennen keine Zugangsschranken. Es sind freie Märkte, wo jeder die Freiheit hat, als Anbieter oder Käufer von Gütern oder Dienstleistungen aufzutreten. Grenzen dieser Freiheit beeinträchtigen den Wettbewerb und damit den davon ausgehenden Rationalitätsdruck. In diesem Sinne setzt Rationalität Freiheit voraus. Wer ohne Rücksicht auf Kosten und Erträge wirtschaftet, geht auf Wettbewerbsmärkten ohne Zugangsschranken unter. Weil Rationalität nicht ohne Freiheit existieren kann, muss sie auch immer mit Verantwortung gekoppelt sein. Dazu hat Hayek (1971, 89) das Wesentliche gesagt: „Freiheit bedeutet nicht nur, dass der Mensch sowohl die Gelegenheit als auch die Last der Wahl hat; sie bedeutet auch, dass er die Folgen seiner Handlungen tragen muss und Lob und Tadel dafür erhalten wird. Freiheit und Verantwortung sind untrennbar.“ Dabei bedeutet Verantwortung letztlich, dass man für die Folgen seiner Handlungen verantwortlich gemacht wird, und nicht irgendeine Stellungnahme zum Problem der Willensfreiheit. Während Hayek nur von der begrifflichen Dyade Freiheit und Verantwortung ausgeht, schlage ich vor den Begriff der Rationalität hinzuzunehmen, womit eine Triade gegeben ist. Nur wer frei ist, hat die *Möglichkeit*, sich um optimale Zweck-Mittel-Zuordnung zu bemühen, also zur (Annäherung an) Rationalität. Nur wer für die Folgen seines Handelns (und Unterlassens) verantwortlich gemacht wird, hat den *Anreiz* sich um Rationalität zu bemühen bzw. dazu zu lernen. Im Gegensatz zum Wettbewerbsmarkt muss der Wohlfahrtsstaat nicht nur die Freiheit der Menschen, von denen einige einen Teil der Früchte ihrer Arbeit unter Androhung von Zwang aufgeben müssen, sondern auch deren Rationalität untergraben. Der Grundgedanke des Sozialstaates besteht ja darin, dass dem Erfolgreichen und Wohlhabenden genommen wird, um dem Erfolglosen und Armen zu helfen. Man könnte auch sagen, dass im Wohlfahrtsstaat der Erfolg durch Steuern bestraft und der Misserfolg durch Transfers belohnt wird.³ Rationalität lässt sich auf diesem Wege nicht fördern. Im Gegenteil: Je perfekter der Wohlfahrtsstaat wird, desto weniger lohnt sich Rationalität.

Mit der Triade von Freiheit, Verantwortung und Rationalität ist die Notwendigkeit von Anreizen schon impliziert. Adam Smith (1976[1990], 319) hat das

³ Bei Hayek (2001, 265) heißt es dazu: „Je fähiger ein Mensch ist, desto größer wird die Abschreckung von weiteren Leistungen, die das bestehende Steuersystem verursacht.“

besonders anschaulich ausgedrückt und dabei gleichzeitig auf die zentrale Rolle des Eigentums hingewiesen: „Jemand der kein Eigentum erwerben kann, kann auch kein anderes Interesse haben, als möglichst viel zu essen und möglichst wenig zu arbeiten.“ Auch dass das eigennützige Streben nach Vorräten, Waren, Eigentum oder Geld durchaus mit dem Interesse der Mitmenschen kompatibel ist, wird bei Smith ebenfalls schon klar erkannt, wenn er schreibt, dass

„der Mensch fast immer auf Hilfe angewiesen [ist], wobei er jedoch kaum erwarten kann, dass er sie allein durch das Wohlwollen der Mitmenschen erhalten wird. Er wird sein Ziel wahrscheinlich viel eher erreichen, wenn er deren Eigenliebe zu seinen Gunsten zu nutzen versteht, indem er ihnen zeigt, dass es in ihrem eigenen Interesse liegt, das für ihn zu tun, was er von ihnen wünscht. Jeder, der einem anderen irgendeinen Tausch anbietet, schlägt vor: Gib mir, was ich wünsche, und du bekommst, was du benötigst.“ (Smith 1976[1990], 17)

Eine auf Freiheit, Wettbewerb und Tausch aufbauende Gesellschaft fördert nicht nur den rationalen Einsatz knapper vorhandener Mittel zum Erreichen gegebener und von Individuum zu Individuum möglicherweise variierender Zwecke, sondern auch die Erfindung neuer Mittel. Dass eine auf Arbeitsteilung und Tausch aufbauende Gesellschaft zur Erfindung neuer Produktionsmöglichkeiten neigt, war schon Adam Smith (1776[1990], 13) bekannt, der einen Zusammenhang zwischen der Begrenzung der Arbeitstätigkeit auf einen bestimmten Gegenstand und der Suche nach effizienteren Lösungen aufgezeigt hat. Wer immer wieder dasselbe tut, kann durch Innovation mehr Arbeitserleichterung erreichen als derjenige, der von einem Arbeitsplatz zum anderen springt, dem eine bestimmte Innovation auch nur mal an einem seiner Arbeitsplätze und nicht immer wieder hülfe. Auch in der Marktwirtschaft geht es also um Erkenntnisfortschritt, nämlich um praktisch nutzbare Erkenntnisse.

Hayek (1971, 39) verdanken wir die Einsicht, dass das Wissen eines jeden Individuums nur einer kleiner Teil des gesamtgesellschaftlich oder gar global vorhandenen Wissens ist: „Gegenüber der Gesamtheit des Wissens, das in einer dynamischen Zivilisation ständig verwendet wird, ist der Unterschied zwischen dem Wissen, das der Weiseste, und dem Wissen, das der Kenntnisloseste verwenden kann, verhältnismäßig bedeutungslos.“ Für uns alle gilt: Die meisten menschlichen Erkenntnisse befinden sich in fremden Köpfen und nicht im eigenen. Wenn das so ist, haben rationale Menschen ein eigennütziges Interesse daran, dass auch andere frei sind, ihr Wissen produktiv zu nutzen. Hayek betont:

„Die Vorteile, die ich aus der Freiheit ziehe, sind daher weitgehend das Ergebnis des Gebrauchs der Freiheit durch andere und größtenteils das Ergebnis eines Gebrauchs der Freiheit, den ich selbst nie machen könnte. Es ist daher nicht notwendig der Gebrauch der Freiheit, den ich selbst machen kann, für mich der wichtigste. Es ist sicher wichtiger, dass alles von irgendjemandem versucht werden kann, als das wir alle dasselbe tun können.“ (Hayek 1971, 41)

Im kognitiven Sinne sind wir nicht gleich, weil wir dasselbe oder auch nur annähernd gleich viel wissen, sondern weil wir gleichermaßen auf Wissen und Kenntnisse unserer Mitmenschen angewiesen sind.

Die Früchte des Wissens unserer Mitmenschen können wir allerdings nur genießen, wenn diese frei sind, für die Folgen ihres Tuns und Unterlassens verantwortlich gemacht werden und sich deshalb um Nutzenmaximierung bemühen, also ‚rational‘ sind. Gefährdet werden Freiheit, Verantwortung und Rationalität vor allem durch Machtkonzentrationen. Hayek (2001, 29) verweist in diesem Zusammenhang auf „die Tatsache, dass wir dem Staat das Monopol legaler Zwangsausübung gegeben haben, ihn zur größten verbleibenden Gefahr für die persönliche Freiheit gemacht hat“.⁴

Man kann das Ausmaß, indem eine Volkswirtschaft das Prädikat ‚frei‘ oder – was m.E. auf dasselbe hinausläuft – ‚kapitalistisch‘ verdient, in dem die Menschen für ihr Handeln verantwortlich gemacht werden und die Voraussetzungen für rationales Handeln im Alltag gegeben sind, auch quantitativ über Skalen wirtschaftlicher Freiheit erfassen. Dann lassen sich durch ökonometrische Forschungen (de Haan/Sturm 2000; Doucouliagos/Ulbasoglu 2006; Farr/Lord/Wolfenbarger 2003; Feldmann 2007; Gwartney/Lawson 2004; Gwartney/Holcombe/Lawson 2006; Liu 2007; Mehlkop 2002; Vega-Gordillo/Alvarez-Arce 2003; Weede 2006) folgende Hypothesen belegen: Je mehr wirtschaftliche Freiheit in einem Land herrscht, desto wahrscheinlicher wird es auch wohlhabend sein. Je mehr wirtschaftliche Freiheit in einem Land herrscht, desto wahrscheinlicher wird es eine hohe Wachstumsrate und eine niedrige Arbeitslosenquote haben.⁵ Je mehr ein Land das Ausmaß wirtschaftlicher Freiheit erhöht, desto höher wird wahrscheinlich seine Wachstumsrate sein. Aber mehr wirtschaftliche Freiheit trägt *nicht* zu mehr Einkommensungleichheit oder einer niedrigeren Lebensqualität bei. Diese Befunde sprechen dafür, dass sich wirtschaftliche Freiheit, Verantwortung und Rationalität für ihre Träger rentieren.⁶

3. Rationalität in der Wissenschaft

Die Wissenschaft gilt als der Lebensbereich, der am stärksten durch Rationalität geprägt ist. Dennoch muss mit Popper (1958, 283–284) zugegeben werden: „Aber weder ein logisches Argument noch die Erfahrung reichen aus zur Begründung der rationalistischen Einstellung; denn nur Menschen, die bereit sind,

⁴ Für Hayek (2002, 139) löst die Demokratie das Problem der Gefährdung der Freiheit in keiner Weise, denn er schreibt: „Die Idee der Allgewalt der Mehrheit ist jedoch eine Degeneration des Ideals der Demokratie, eine Degeneration, die freilich bisher überall eingetreten ist, wo die Demokratie lange genug bestanden hat“.

⁵ Die Robustheit des Zusammenhangs von wirtschaftlicher Freiheit einerseits und der Wachstumsrate andererseits ist umstritten. De Haan/Sturm akzeptieren diesen Zusammenhang nicht, aber neuere Arbeiten sprechen dafür. In meinen eigenen Arbeiten (Weede 2006) oder denen von Liu (2007) sind die Effekte der wirtschaftlichen Freiheit auf das Wachstum mindestens so stark wie die des Zuwachses an wirtschaftlicher Freiheit, die de Haan/Sturm akzeptieren.

⁶ Vgl. dazu auch Frey/Eichenberger (1991), die aufzeigen, dass Bürokratien zur Vernachlässigung von Opportunitätskosten neigen.

Argumente oder Erfahrungen in Betracht zu ziehen (und daher bereits die rationalistische Einstellung angenommen haben), werden von ihnen beeindruckt werden.“ Wenig später verweist Popper (1958, 285) sogar auf einen „irrationalen Entschluss“ oder den „Glauben an die Vernunft“. Einer Rechtfertigung für Rationalität am nächsten kommt Popper (1973, 122) durch den Verweis darauf, dass Wissenschaft dazu beitragen kann, die Überlebensaussichten der Menschen zu verbessern, indem man Theorien überprüft und eliminiert. Falsche Theorien sterben sozusagen stellvertretend für ihre Träger. Aber das setzt voraus, dass man Theorien prüft und bereit ist, sich von ihnen zu trennen. Den Gedanken der Gewissheit über den Besitz der Wahrheit muss man dabei aufgeben. Mit Albert sollte man zweierlei zugestehen:

1. „Alle Sicherheiten in der Erkenntnis sind selbst fabriziert und damit für die Erfassung der Wirklichkeit wertlos.“
2. „Je stärker ein solcher Anspruch (auf Unfehlbarkeit, E. W.) betont wird, umso eher scheint der Verdacht gerechtfertigt zu sein, dass hinter diesem Anspruch die Angst vor der Aufdeckung von Irrtümern, das heißt also: die Angst vor der Wahrheit, steht.“ (Albert 1991, 36 und 44)

Noch weniger als Logik oder Erfahrung eignen sich natürlich Propheten, heilige Schriften oder weltliche Machthaber dazu, Gewissheit über den Besitz der Wahrheit zu vermitteln. Bei der Macht ist daran zu erinnern, dass der demokratische Charakter politischer Macht zur Gewinnung von Erkenntnissen in keiner Weise beiträgt. Mit Mises vertrete ich den Standpunkt:

„Aller Fortschritt der Menschheit vollzog sich stets in der Weise, dass eine kleine Minderheit von den Ideen und Gebräuchen der Mehrheit abzuweichen begann [...]. Wenn man der Mehrheit das Recht gibt, der Minderheit vorzuschreiben, was sie denken, lesen und tun soll, dann unterbindet man ein für alle Mal den Fortschritt.“ (Mises 1927, 48)

Dieselbe Einsicht haben zwei amerikanische Wirtschaftshistoriker so formuliert:

„Eine Gesellschaft, die Innovation so lange verzögerte, bis ein politischer Konsens gefunden wäre, würde immer weiter hinter eine Gesellschaft zurückfallen, die das nicht verlangt [...]. Denn das beinhaltet das Kriterium, dass die Vorzüge der Innovation hinreichend verstanden werden und vorhersagbar sind, dass sie vor ihrer Durchführung überzeugend formuliert werden können – und das heißt, dass alles so klar ist, dass experimentelle Prüfung überflüssig ist.“ (Rosenberg/Birdzell 1968, 310, meine Übersetzung)

Das Bekenntnis zur Rationalität hat soziale und politische Konsequenzen, weil „der Rationalismus eng verbunden ist mit dem Glauben an die Einheit der Menschheit“ (Popper 1958, 285). Das erläutert Popper so:

„Der Umstand, dass die rationalistische Einstellung das Argument und nicht die argumentierende Person in Betracht zieht, hat weit

reichende Folgen. Eine solche Einstellung führt zu der Ansicht, dass wir jeden Menschen, mit dem wir uns verständigen, als eine potenzielle Quelle von Argumenten und vernünftiger Information betrachten müssen; und damit wird eine Verbindung zwischen den Menschen hergestellt, die man die ‚rationale Einheit der Menschheit‘ nennen könnte.“ (Popper 1958, 257)

Ergänzend weist Albert (1991, 195) auf einen Zusammenhang zwischen dem Glauben an den sicheren Besitz der Wahrheit und dem Freund-Feind-Denken hin. Die Voraussetzung für Wissenschaftlichkeit ist die Kritik, aktiv und passiv. Man muss Kritik wagen, vor allem auch an sog. Autoritäten und Mehrheiten. Aber man muss Kritik auch ertragen und Irrtümer einsehen wollen. Popper sagt dazu:

„Es ist gänzlich verfehlt anzunehmen, dass die Objektivität der Wissenschaft von der Objektivität des Wissenschaftlers abhängt. [...] Objektivität [...] ist eine soziale Angelegenheit [...] der freundlich-feindlichen Arbeitsteilung der Wissenschaftler, ihres Zusammenarbeitens und ihres Gegeneinanderarbeitens. Sie hängt daher von einer ganzen Reihe von gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen ab, die diese Kritik ermöglichen.“ (Popper 1969, 112)

Um Rationalität in der Wissenschaft zu ermöglichen, verlangt Popper die Erstellung falsifizierbarer Theorien und danach den Versuch, diese tatsächlich zu falsifizieren. Theorien werden so lange beibehalten, wie sie sich der Falsifikation entziehen. Gegen diese Methodologie kann man den Einwand erheben, dass nicht nur Theoretiker, sondern auch Datensammler und Datenanalytiker sich irren können, dass deshalb möglicherweise falsche Theorien wegen fehlerhafter Daten oder Analysen der Falsifikation entgehen könnten oder auch wahre Theorien wegen Analyse- oder Datenmängeln fälschlich falsifiziert werden können. Popper (1934[1969], 75–76) ist dieser Einwand geläufig, wie an folgender Stelle klar wird: „Die Wissenschaft baut nicht auf Felsengrund. Es ist eher ein Sumpfland, über dem sich die kühne Konstruktion ihrer Theorien erhebt.“ In Anbetracht dieser Tatsache kann es nicht nur keine Wahrheitsgarantien, sondern auch keine Garantie des Erkenntnisfortschritts oder der stetigen Annäherung an die Wahrheit geben. Im Sinne Poppers ist es aber gerechtfertigt davor zu warnen, immer wieder zu versuchen, unsere Theorien dadurch vor Kritik zu retten, dass wir auf die durchaus realistische Möglichkeit von Analyse-, Daten- und Messfehlern verweisen.

Ob Kritik und Falsifikation eine so zentrale Rolle bei der Entwicklung der Naturwissenschaften gehabt haben oder generell in den Wissenschaften haben sollten, wie die Methodologie Poppers nahe legt, ist umstritten. Man kann das mit Kuhn (1976) bezweifeln.⁷ Oder man kann mit Lakatos (1974) eine Position einnehmen, die sowohl Gedanken Poppers wie auch Kuhns aufnimmt. Dann

⁷ Andersson (1988) verteidigt allerdings mit Nachdruck und gegen Kuhn die Auffassung, dass Falsifikationen tatsächlich eine wichtige Rolle beim naturwissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt gespielt haben.

gesteht man zu, dass Theorien immer mit Anomalien zu kämpfen haben, dass der Wissenschaftler folglich nicht die einfache Wahl zwischen schon falsifizierten und noch nicht falsifizierten Theorien hat, sondern zwischen mehr oder weniger gründlich falsifizierten Theorien wählen muss. Auch dann aber bleiben Logik (weil Theorien widerspruchsfrei sein müssen) und Erfahrung (weil Theorien die Realität erklären sollen) Instrumente der Kritik. Auch wenn alle Theorien Probleme mit der Abbildung oder Erklärung der Wirklichkeit haben, macht das sie noch nicht gleich schlecht. Die bessere Theorie darf immer der schlechteren vorgezogen werden, wobei neben dem Informationsgehalt die empirische Geltung ein Kriterium darstellt.

Für das Thema dieses Aufsatzes wichtiger als die Meinungsunterschiede zwischen Kuhn und Popper sind die m. E. weitgehend gemeinsamen Auffassungen beider über die institutionellen Voraussetzungen von Wissenschaft, die bei Kuhn (1976, 175–180) folgendermaßen zusammengefasst werden: Wissenschaftler arbeiten in erster Linie für einander und nicht für die Laien. Sie konzentrieren sich auf Probleme, die sie als Fachleute für lösbar halten. Was Laien als soziale Dringlichkeit empfinden, das muss demgegenüber zurückstehen. Vor allem aber hebt Kuhn (1976, 179–180) hervor: „Eine der stärksten, wenn auch noch ungeschriebenen Regeln des wissenschaftlichen Lebens ist das Verbot von Appellen an Staatsoberhäupter oder an die ganze Bevölkerung in Angelegenheiten der Wissenschaft.“ Die Autonomie – man könnte auch sagen: Privilegierung – der Wissenschaft gilt hier als Voraussetzung des Erkenntnisfortschritts. Dass die Autonomie der Wissenschaft auch in an sich freiheitlichen Demokratien gefährdet ist, zeigt sich immer wieder. Gentechniker haben es mit Freilandversuchen in Deutschland heute so schwer wie Anatomen beim Sezieren von Leichen im Mittelalter. Der Staat und die Hochschulen knicken gegenüber lautstarken, zerstörerischen und auch nicht mal demokratisch legitimierten Minderheiten ein. Müller-Jung (2008) konnte deshalb kürzlich in der FAZ einen Artikel *Ohne Gentechnik* schreiben, der den bezeichnenden Untertitel trug: *Die Forschung wird in die Knie gezwungen*. Jedenfalls für Gentechniker dürfte es in der Volksrepublik China mehr Forschungsfreiheit als bei uns in Deutschland geben.

Die Wissenschaft beansprucht gegenüber der Politik nicht nur Autonomie, sondern darüber hinaus auch noch das Recht, feststellen zu dürfen, dass die Wünsche politischer Instanzen – ob es sich um gekrönte Häupter, andere Autokraten oder demokratisch legitimierte Politiker handelt, ist in diesem Zusammenhang von untergeordneter Bedeutung – nicht machbar sind. Albert hat das so formuliert:

„Eine rationale Sozialkritik kann also das Problem der Realisierbarkeit nicht außer acht lassen. Sie kann zwar die vorliegenden Zustände durchleuchten und dabei Missstände identifizieren, aber sie darf nicht den Eindruck erwecken, es gäbe keine Einschränkung für die simultane Behebung aller Mängel und für die Realisierung einer fehlerfreien Sozialordnung und einer Gesellschaft ohne Schwächen [...]. Die nomologischen Wissenschaften haben also in praktischer Hinsicht vor allem die Funktion Grenzen der Realisierbarkeit – und damit Be-

schränkungen politischer Möglichkeiten – aufzuweisen, eine Funktion, die sie bei den Verfechtern utopischer Auffassungen meist unbeliebt macht.“ (Albert 1991, 210)

4. Entstehung und Grenzen des Staates

Sowohl die wirtschaftliche als auch die wissenschaftliche Freiheit werden durch die kollektiven Machtansprüche der Politik und das Zwangsmonopol des Staates tendenziell immer bedroht. Das impliziert allerdings *nicht*, dass die Wirtschaft oder die Wissenschaft ohne den Staat auskommen können. Bei der Wirtschaft ist das leichter als bei der Wissenschaft einzusehen. Aber Wissenschaft setzt offensichtlich genug Wohlstand voraus, so dass einige als Vollzeitwissenschaftler (über)leben können, außerdem auch ein intellektuell tolerantes Klima. Man kann den Staat vor allem als Garanten von Eigentums- und Verfügungsrechten sehen, auch als die Instanz, die die Einhaltung freiwillig eingegangener Verpflichtungen garantiert.⁸ Ohne den staatlichen Schutz des Eigentums wäre es ja einfacher, anderen die Früchte ihrer Arbeit zu entwenden als selbst etwas herzustellen und es anderen zum Tausch anzubieten. Eine Gesellschaft, in der jeder versucht, die Früchte der Arbeit anderer an sich zu bringen, muss offensichtlich eine arme Gesellschaft bleiben. Unglücklicherweise ist es aber leichter, für eine herrschende Klasse ein Diebstahlsmonopol zu errichten, als einen auf allgemeiner Zustimmung basierenden Staat mit Eigentumsrechten und Arbeitsanreizen für alle zu errichten (Tullock 1974). Deshalb stellen sich die Fragen, warum die Machthaber von Gesellschaften jemals den Beherrschten Eigentums- und Autonomierechte zugestanden haben, warum zuerst im Westen und nicht in Asien die Staatsgewalt begrenzt und domestiziert wurde.

Wenn es eine Erfindung des Westens gibt, die für den Erfolg des Westens verantwortlich ist, dann ist es die begrenzte Staatstätigkeit bzw. das hohe Ausmaß an Autonomie der Wirtschaft oder die Gewaltenteilung zwischen Wirtschaft und Politik. Man könnte auch sagen: Die frühe Durchsetzung einiger Abwehr- und Freiheitsrechte für einen Teil der Bevölkerung, allerdings einen über die Zeit wachsenden Teil, war die Hintergrundbedingung von Wachstum und Wohlstand (Pipes 1999). Hier wird die Auffassung vertreten, dass Grenzen der Staatsgewalt und Rechtssicherheit (auch vor staatlichen Übergriffen) nur bei einem machtpolitischen Patt innerhalb von und zwischen Staaten entstehen können.⁹ In der Geschichte des Westens beruhten das machtpolitische Patt und die daraus resultierenden Grenzen der Durchsetzungsfähigkeit von Staatsgewalten auf zwischenstaatlichen Rivalitäten (Jones 1991; Weber 1923[1981]; Weede 2000), auf der Rivalität zwischen Kaiser und Papst im Mittelalter (Berman 1983) sowie auf den

⁸ Beim Nobelpreisträger North (1988, 17) heißt es: „Letztlich trägt der Staat die Verantwortung für die Effizienz der Eigentumsstruktur, von der es abhängt, ob Wachstum, Stagnation oder wirtschaftlicher Rückgang eintreten werden.“

⁹ Zu den geistesgeschichtlichen Wurzeln dieser These, die mindestens bis zu Hume und Kant reichen, vgl. Bernholz/Vaubel 2004, zur Anwendung desselben Ansatzes auf die Antike, vgl. Bernholz 1998.

Konflikten zwischen Städten und Fürsten (Weber 1922[1964]; 1923[1981]). Europas Herrscher waren nicht moralisch besser waren als Asiens Herrscher. Aber die Standortkonkurrenz unter den kleinflächigen europäischen Herrschaftsgebieten erzwang Zugeständnisse *von oben nach unten*, die in Asiens Riesenreichen einfach nicht notwendig waren. Wer mehr als andere Fürsten zur Ausbeutung der Untertanen und zur Enteignung der Kaufleute neigte, der musste damit rechnen, dass reiche Kaufleute sein Gebiet mieden und es vom Handel zunehmend abgeschnitten wurde, dass sogar einige Bauern in nahe Städte entliefen oder in den dünner besiedelten Osten Europas auswichen.

Am Anfang der Neuzeit wurde die politische Fragmentierung Europas durch die religiöse Fragmentierung ergänzt. Denn die Reformation implizierte ja, dass der europäische Klerus nicht mehr dieselben Doktrinen vertrat. Der eine Geistliche war Katholik, der andere Lutheraner oder Calvinist. Eine Vielzahl von Sekten entstand vor allem im angelsächsischen Raum. Lange gab es zwar nicht innerhalb der Herrschaftsgebiete religiöse Toleranz, aber in Europa. Denn religiöse Minderheiten konnten sich in tolerantere Herrschaftsgebiete absetzen, beispielsweise die Hugenotten in die Niederlande oder nach Preußen. Im Zeitalter der Aufklärung gab es dann auch Herrscher, die – wie Friedrich der Große von Preußen – tolerant gegenüber einer Vielzahl von Religionsgruppen waren. Selbst wenn man Toleranz als Resultat religiöser Gleichgültigkeit auffasst, dann wäre das in diesem Zusammenhang nicht negativ, sondern positiv zu bewerten.¹⁰ Jedenfalls hat die religiöse Fragmentierung genau wie die politische Fragmentierung Europas dazu beigetragen, dass politische und geistliche Gewalten nicht wirksam unorthodoxes Denken und Innovation unterbinden konnten.

Mit Kammler (1990), Vanberg (2008a) oder Vaubel (2008) sollte man auch die positiven kognitiven Folgen der Existenz unterschiedlicher Herrschaftssysteme bedenken. Wenn niemand andere Systeme als das eigene beobachten kann, was durch Großflächigkeit der Herrschaftsgebiete und Ferne von potenziellen Vergleichsmaßstäben gefördert wird, dann wird Kritik am politischen Status quo unwahrscheinlicher. Außerdem können nahe unabhängige politische Systeme Dissidenten auch Zuflucht gewähren und damit das mit der Herrschaftskritik verbundene Risiko mildern. Aus der Sicht der Herrschenden ist die selbstverständliche Hinnahme des Status quo bequem. Aber intellektuell ist das eine Katastrophe. Die moderne Ökonomie wurzelt – wie bei Smith (1776[1990]) nachzulesen – ja auch in der Kritik der Wirtschaftspolitik des 18. Jahrhunderts, des Merkantilismus.

Im 14. Jahrhundert konnte der Kaiser von China die Erkundung der Weltmeere untersagen und den Bau hochseetüchtiger Schiffe verbieten. Kein europäischer Herrscher und auch nicht der Papst konnte einen Kolumbus an der Entdeckung Amerikas hindern.¹¹ Die politische Fragmentierung Europas war Vorläu-

¹⁰ Die Interpretationen der Geschichte der Freiheit und des Kapitalismus in Europa, die positive Beiträge des Christentums oder des Katholizismus hervorheben (Nemo 2006; Stark 2005), leuchten mir nicht ein. Aber hier ist nicht der Ort sich damit auseinanderzusetzen. Zur Kritik an Stark vgl. Bernstein (2006–2007).

¹¹ Es geht hier nicht um die Frage, ob irgendein Herrscher oder der Papst die Absicht dazu hatte, sondern ausschließlich darum zu zeigen, dass niemand die nötige Macht hatte. Unter solchen Bedingungen werden Absichten recht bedeutungslos.

fer und Entstehungsbedingung der liberalen Rechtsstaaten des 19. Jahrhunderts. Mit der Konsolidierung der europäischen Nationalstaaten im 19. Jahrhundert hat die politische Fragmentierung Europas in weiten Gebieten abgenommen. Seitdem ist zumindest an fiskalischen Indikatoren gemessen, an Staatseinnahmen und Staatsausgaben, der Staat zulasten der wirtschaftlichen Freiheit gewachsen (Tanzi/Schuknecht 2000). Dabei haben zweifellos auch die Weltkriege mit ihren Rüstungslasten und Folgekosten eine wichtige Rolle gespielt. Dass die wirtschaftliche Freiheit im 20. Jahrhundert nicht dauerhaft verdrängt wurde, liegt im Wesentlichen am Ausgang der Weltkriege. Die *relativ* liberalen angelsächsischen Mächte triumphierten in beiden Weltkriegen. Die im zweiten Weltkrieg erfolgreiche Sowjet-Union verlor den kalten Krieg. Die Gründe dafür hatte Mises (1927, 63) schon frühzeitig erkannt. Ohne Privatbesitz an Produktionskapital kann es keine Knappheitspreise auf Inputmärkten und damit keine rationale Ressourcenallokation geben. Komparative Kostenvorteile können systematisch missachtet werden. Deshalb hatte Mises (1927, 134) auch schon kurz nach der Revolution die Verarmung Russlands vorhergesagt.

Ähnlich wie Hayek sehe ich die europäische Entwicklung nicht als Resultat von geplanten kollektiven Entscheidungen, sondern als Ergebnis eines von niemandem kontrollierten evolutionären Prozesses (Weede 2003). Die Verfassungswirklichkeit, die in diesem Prozess entstanden ist, hat Konsequenzen für die Größe des Marktes, die nach Smith (1776[1990]) ja wesentlich zur Produktivität, Wachstum und Wohlstand beitragende Bedingung ist. Buchanan/Yoon (2008) haben kürzlich darauf hingewiesen, dass jede Rechtsordnung durch Handelsverbote (etwa den Menschenhandel betreffend), Regulierung und Besteuerung in den Markt eingreift. Wichtiger noch als das über fiskalische Indikatoren erfassbare Ausmaß der Staatstätigkeit aber dürfte die Sicherheit der Eigentumsrechte und die Hilfe des Staates bei der Durchsetzung von freiwillig eingegangenen Verträgen sein, also der staatliche Beitrag dazu, Arbeitsteilung zu ermöglichen und Transaktionskosten zu senken.

Die nach-reformatorische Religion hat nicht nur über ihren Beitrag zur Fragmentierung von Macht, sondern auch über ihre Inhalte zur geistigen Selbständigkeit der Europäer beigetragen. Nach den Einsichten von Ben-David (1971, 69, meine Übersetzung) gilt: „Der Protestantismus besaß nicht eine universell verfasste religiöse Autorität und seine Doktrinen überließen die Interpretation der Bibel dem einzelnen Gläubigen und erlaubten ihm, seine eigene religiöse Erleuchtung zu suchen.“ Wer die Bibel selbst interpretieren sollte, musste auch lernen sie zu lesen. Mit anderen Worten: Der Protestantismus hat die Gläubigen zum Erwerb von Humankapital verpflichtet. Wer die Bibel lesen konnte, der konnte dann später auch Texte von wirtschaftlicher oder wissenschaftlicher Bedeutung lesen. Außerdem sollte der Protestant auch lernen, selbständig zu denken, wenn auch zunächst bei der Interpretation der Heiligen Schrift.

Damit der Erkenntnisfortschritt dauerhaft werden konnte, mussten noch institutionelle Voraussetzungen geschaffen werden. Das begann mit den Universitätsgründungen im Mittelalter. Weil sich Europas Universitäten immer in verschiedenen Herrschaftsgebieten befanden, wurde der Zugriff der Politik allein

schon durch diese Tatsache behindert und begrenzt. Was Institutionalisierung sonst noch impliziert, das hat Ben-David besonders klar formuliert:

„Hier besagt Institutionalisierung 1. gesellschaftliche Akzeptanz einer Tätigkeit als in sich wertvolle soziale Funktion, 2. die Existenz von Normen, die das Verhalten in einem Tätigkeitsbereich regulieren – in einer Art, die mit Zielverwirklichung und Autonomie dieses Bereichs kompatibel ist, 3. Anpassung der sozialen Normen in anderen Tätigkeitsbereichen an die Normen des betrachteten Bereichs. Im Falle der Wissenschaft impliziert Institutionalisierung die Anerkennung exakter und empirischer Forschung als Methode, die zur Entdeckung neuen und wichtigen Wissens führt. Solch eine Wissenschaft unterscheidet sich und ist unabhängig von anderen Arten Wissen zu erwerben, wie Tradition, Spekulation und Offenbarung. Sie erlegt den praktizierenden Wissenschaftlern gewisse Verpflichtungen auf: wirklich universalistische Beurteilung der Beiträge; die Verpflichtung, eigene Entdeckungen der Öffentlichkeit zum Gebrauch und zur Kritik mitzuteilen; die angemessene Anerkennung der Beiträge anderer; und schließlich benötigt Wissenschaft eine Reihe von Bedingungen in anderen institutionalisierten Bereichen: die Freiheit der Rede und Publikation, ein gewisses Maß an religiöser und politischer Toleranz (andernfalls könnte der Universalismus kaum aufrecht erhalten werden) und eine gewisse Flexibilität, um Gesellschaft und Kultur dem ständigen Wandel anzupassen, der sich aus der Freiheit der Forschung ergibt.“ (Ben-David 1971, 75f., meine Übersetzung)

Oben ist der Standpunkt vertreten worden, dass Rationalität eher in der dezentralisierten Marktwirtschaft als in der Politik zu Hause ist. Das scheint es nahe zu legen, aus der Wirtschaft Maßstäbe auch für die Wissenschaftspolitik zu übernehmen. In Deutschland bemüht sich die Politik um die Durchsetzung von mehr Qualitätskontrolle zwecks Effizienzsteigerung in der Wissenschaft. Unglücklicherweise handelt es sich hier um eine ‚Ökonomisierung‘, die von einem recht oberflächlichen Verständnis von Ökonomie, Rationalität und Universität getragen wird. Gegen die Rangordnungs- und Evaluierungsmanie an den Universitäten wendet Frey (2007) u.a. ein, dass in diesem Bereich öffentliche Güter, externe Effekte und schwer messbare Ergebnisse von besonderer Bedeutung sind, also Qualitätskontrolle weder leicht fallen noch gut funktionieren wird. Selbst wenn die Rangordnungen und Evaluationen gültige Resultate erzielen, folgt daraus noch nicht einmal, dass die Zuweisung von mehr Ressourcen an positiv evaluierte und von weniger Ressourcen an negativ evaluierte Universitäten den Nutzen maximieren wird (Frey 2007, 183). Offensichtlich sollte man auch die beträchtlichen Opportunitätskosten nicht vergessen. Wer Unterlagen für Evaluationen vorbereitet oder als Bewerter daran mitwirkt, kann in dieser Zeit weder forschen noch sich um die Verbesserung der Lehre bemühen.¹²

¹² Frey (2007, 187, Fußnote) entdeckt im deutschen Bemühen um Eliteuniversitäten noch die problematische Vorstellung, dass Geld die Hauptquelle von wissenschaftlicher Exzellenz

5. Demokratie und Rationalität?

Weil die freiheitliche Demokratie die gewaltfreie Abwahl der Regierenden in regelmäßigen Zeitabständen vorsieht (Lipset 1962, 33), also Herrschaft zeitlich begrenzt, weil die Demokratie (wenn sie diesen Namen verdient) auch Opposition dulden muss, scheint sie auf den ersten Blick optimale Bedingungen für wirtschaftliche Freiheit und Wachstum, für Wohlstand und Rationalität zu bieten. Ob das so ist, kann aber durchaus bestritten werden. Schon am Ende des zweiten Weltkrieges hat ein Nobelpreisträger befürchtet, dass sich die westlichen Demokratien auf dem „Weg zur Knechtschaft“ (Hayek 1944[1976]) befänden. Später hat er (Hayek 2002, 205) dieselbe Sorge so formuliert: „Der Sieg der Demokratie bedeutet nicht nur, dass andere regierten als zuvor, sondern auch, dass mehr regiert wird.“ Deshalb hat er auch bekannt (Hayek 2002, 207), „dass ich eine beschränkte nicht-demokratische Regierung einer unbeschränkten demokratischen und daher im Grunde gesetzlosen vorziehe“. Wenn man an Hongkong und die britische Kolonialzeit denkt, dann gibt es zumindest ein Beispiel für die Kombination von Rechtsstaat *ohne* Demokratie. Wirtschaftlich ist Hongkong das auch gut bekommen.

Zweifel daran, ob die Demokratie nur segensreiche Auswirkungen hat, kann man auch aus ökonomischen Studien ableiten. Wegen der teils defintorischen, teils empirischen Zusammenhänge von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sollte man eigentlich erwarten, dass Demokratien schnelleres Wirtschaftswachstum als Autokratien aufzeigen. Die empirische Evidenz spricht weder für einen Wachstumsvorteil von Demokratien, noch von Autokratien (De Haan/Siermann 1995; Doucouliagos/Ulbasoglu 2008; Paldam/Gundlach 2008; Przeworski et al. 2000). Für die Demokratie spricht nur, dass sie eher gemäßigtere als radikale Wachstumsgeschwindigkeiten aufweist, also Katastrophen und Höchstleistungen gleichermaßen unwahrscheinlich werden lässt (Weede 1996). Die überzeugendste Antwort auf die Frage, warum die wirtschaftliche Leistung von Demokratien so bescheiden ist, hat kürzlich Caplan (2007) gegeben. Seine Theorie hat den zusätzlichen Vorteil, das Rationalitätsproblem und damit das Thema dieses Aufsatzes in den Mittelpunkt der Erörterungen zu stellen. Um die Neuartigkeit seines Ansatzes zu verstehen, muss allerdings zuvor die ökonomische Demokratietheorie des ausgehenden 20. Jahrhunderts besprochen werden.

Zentralbegriff der ‚alten ökonomischen Demokratietheorie‘ (Downs 1968; Olson 1968) ist die rationale Ignoranz. Weil die eigene Stimme in der Massendemokratie fast gar keinen Einfluss auf das Wahlergebnis und die daraus folgende Politik hat, lohnt es sich für den ‚homo oeconomicus‘ nicht, Informationskosten auf sich zu nehmen.¹³ Was an Informationen aufgenommen wird, das hängt eher

sei. Hier sollte man in der Politikkritik über Frey hinausgehen. Konsistente Vorstellungen sind zwar Voraussetzungen für Rationalität, aber in der Wissenschaftspolitik nicht überall gegeben. Wie könnte man sonst mit mehr Geld Exzellenz an wenigen Universitäten fördern wollen, nachdem man gerade mit der Einführung der W-Besoldung die Bezahlung mancher junger Professoren (W2) an die der Grundschullehrer angeglichen hat? Die Politiker scheinen gleichzeitig zu glauben, dass man die Wissenschaft mit mehr und mit weniger Geld fördern kann.

¹³ Wenn man von den durchaus vorhandenen fachinternen Unterschieden mal absieht, dann

vom Unterhaltungswert der Nachricht als von deren Bedeutung ab. Im amerikanischen Wahlkampf wussten viele Wähler zwar, wie Bushs Hund heißt, aber kaum etwas über das Programm des Kandidaten. Wenn die eigene Stimme in einem Millionenmeer von anderen Stimmen versinkt, dann ist Ignoranz auch vernünftig.

Nur bei Partikularinteressenten wird die Ignoranz überwunden. Bauern wissen über Agrarsubventionen, Bergarbeiter über Steinkohlesubventionen, Unternehmer über steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten und Studenten über Studiengebühren viel besser als der Rest der Wählerschaft Bescheid. Wenn nur Partikularinteressenten halbwegs informiert sind, die Masse der nur indirekt als Steuerzahler oder Konsumenten betroffenen Bürger aber fast gar nicht, dann lohnt es sich für Politiker, die ja gewählt werden wollen, bei jeder spezifischen Politik, sich weitgehend den Wünschen der betroffenen und informierten Minderheiten zu unterwerfen, für diese spürbare und möglichst große Vorteile durchzusetzen – auch und gerade zulasten schlecht oder gar nicht informierter Mehrheiten. Wer nichts weiß, kann auch nicht intelligent wählen. Die Kosten der Umverteilung können für viele wenig Belastete zwar einzeln gering, aber in der Summe doch sehr hoch werden. Ineffizienz ist in dem Sinne möglich, dass die Summe der Verluste die Summe der Vergünstigungen weit übertrifft. Rationale Ignoranz bei den Wählern erzwingt also eine schlechte Wirtschaftspolitik, weil sie die Politiker zu ausführenden Organen von Partikularinteressen werden lässt.

Diese jedenfalls innerhalb der ökonomischen Theorie der Politik ‚klassische‘ Auffassung stellt Caplan (2007) mit seinem Buch über den Mythos des vernünftigen – und deshalb rational ignoranten – Wählers infrage. Die Wirklichkeit ist viel schlimmer. Wie die alte ökonomische Theorie der Politik stellt Caplan nicht infrage, dass Menschen sich auf dem Markt viel vernünftiger als in der Politik verhalten. Aber die menschliche Unvernunft in der Politik beruht nicht nur auf Informationskosten und unserer Scheu diese zu tragen und den daraus resultierenden Durchsetzungschancen von Interessengruppen, sondern auf einer weit verbreiteten Neigung, gefühlsmäßig Meinungen zu wirtschaftspolitischen Sachverhalten zu entwickeln (z.B. eine Präferenz für gerechte statt für Knappheitspreise) und kritische Auseinandersetzungen mit diesen emotional verankerten Meinungen zu vermeiden.

Für Caplan ist Irrationalität der Normalfall der ‚conditio humana‘ und das Auftauchen von rationalen Handlungen bei Menschen an spezifische Bedingun-

gehen die meisten Wirtschaftswissenschaftler von der Rationalitätsprämisse aus, wonach Menschen versuchen, die Handlungsfolgen abzuschätzen und sich zumindest um Nutzenmaximierung bemühen. Seit den späten 1950er Jahren kann man beobachten, dass das ökonomische Menschenbild vor allem in Amerika auf die benachbarten Sozialwissenschaften übergreift, zunächst mit der ökonomischen Demokratietheorie auf die Politikwissenschaft, später auch auf die Soziologie. Der immer noch anhaltende Siegeszug des ökonomischen Menschenbildes wird von der Merkwürdigkeit begleitet, dass experimentelle Studien Evidenz dafür geliefert haben, dass dieses Menschenbild nicht ganz stimmt und der Modifikation bedarf (Kahneman/Tversky 1979; 1984, zusammenfassend: Weede 1992, 10. Kapitel). Bisher sieht es allerdings so aus, als ob man einigermaßen umfassende sozialwissenschaftliche Theorien nur auf einem stark vereinfachten Menschenbild aufbauen kann. Der ‚homo oeconomicus‘ besticht durch die Einfachheit des Menschenbildes, das auf Eigennutz und Maximierungsversuch aufbaut.

gen gebunden.¹⁴ Ohne Anreize gibt es keine Rationalität. Nach Caplan handeln wir nur dann rational, wenn die negativen Auswirkungen unserer Entscheidungen für uns selbst uns zum Aufbau eines realistischen Weltbildes zwingen. Auch wer die marktübliche Entlohnung als ungerecht empfindet, wird sich bei Verhandlungen mit potenziellen Arbeitgebern an marktüblichen Löhnen orientieren müssen, also an der Realität von Knappheitsverhältnissen. In der Wettbewerbswirtschaft ist Anpassungszwang an die Realitäten der Normalfall. Anders in der Politik und vor allem bei Wahlen. Die Folgen der eigenen Stimmabgabe eines Wählers sind in der Massendemokratie erstens kaum nachweisbar und betreffen zweitens vorwiegend andere. Die Kosten irrationaler Entscheidungen werden verteilt. Selbst wenn man leidet, dann doch mehr an der Irrationalität der Wahlen entscheidenden Anderen als an den Folgen der eigenen Irrationalität. Unter diesen Bedingungen bleibt man irrational. Caplan etikettiert seine Perspektive als ‚rationale Irrationalität, weil es vernünftig ist, irrational zu bleiben statt die Rationalitätskosten (Einbuße an Wohlbefinden) zu tragen, wenn man nichts davon hat.

Caplans Menschenbild zeichnet sich durch noch eine andere Abweichung vom üblichen ökonomischen Menschenbild aus. Er unterstellt uns Menschen nicht durchgängig Eigennutz-Orientierung, allerdings einen Zusammenhang von Eigennutz-Orientierung und Rationalität. Nur dann, wenn das Handeln nach Weltbildern, mit denen wir uns wohl fühlen, negative Rückwirkungen auf uns selbst hat, bemühen wir uns um rationale Weltbilder und rationales Handeln. In der kapitalistischen Wirtschaft ist das der Regelfall, in der demokratischen Politik eher selten. Mangels Rationalitätsdruck entwickelt der Durchschnittswähler nach Caplan noch nicht einmal eine Eigennutz-Orientierung! Hier leisten wir Menschen uns eine gedankenlose Gemeinwohlorientierung, ein oberflächliches Gutmenschentum. Wo ein Umlageverfahren der Rentenfinanzierung vorherrscht, ist die politische Unterstützung der Altersrenten fast unabhängig vom Alter. Wo es sozialstaatliche Umverteilung gibt, bleibt (immer nach Caplan) die Wahlentscheidung fast unabhängig vom Einkommen, also davon ob man eher zu den Gewinnern oder Verlierern der Umverteilung gehört. Zumindest mit amerikanischen Umfragedaten wird das recht gut belegt.

Mit Umfragen unter amerikanischen Ökonomen und sonstigen Wahlberechtigten lassen sich auch systematische Unterschiede in der Beurteilung wirtschaftspolitischer Fragen nachweisen. Wenn man Caplan darin folgt, die Fachleute als Rationalitätsstandard zu akzeptieren, dann neigen die Wähler systematisch dazu, die Leistungsfähigkeit von Märkten und Preisen, die Vorteile des freien Handels mit Ausländern und des technologischen Wandels, wenn dieser Arbeitsplätze zu kosten scheint (die aber – wie die Fachleute wissen – anderswo neu entstehen), zu unterschätzen. Die Wähler neigen auch mehr als die Fachleute zur Zukunftsangst.

¹⁴ Vgl. auch Hayek (2002, 13): „Es würde der Wahrheit viel eher entsprechen zu sagen, dass die Menschen von Natur aus faul und indolent, wenig voraussichtig und verschwenderisch sind, und dass nur die Macht der Umstände sie dazu bringen konnte, sich wirtschaftlich zu verhalten und wirksam ihre Mittel den Zielen anzupassen.“

Unter dem Druck der irrational-altruistischen Wähler müssen die Politiker nach Caplan eine interventionistische, protektionistische und unrentable Arbeitsplätze konservierende Wirtschaftspolitik betreiben. Die Kosten für einen geretteten Arbeitsplatz können dabei weit über dem Verdienst der beschützten Arbeiter liegen (Krueger 1995). Rationalität im Sinne von Offenheit für ökonomische Beratung wird nur dann möglich, wenn die Wähler ihre Stimme nicht nur nach Konformität der Politiker mit ihren eigenen unrealistischen Vorstellungen abgeben, sondern wenn die Wähler die Politiker vorwiegend nach dem Erfolg, dem Wohlstandsgewinn oder Wohlstandsverlust, beurteilen. Dann stecken die Politiker in der Klemme: Wenn sie den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Wähler folgen, dann wird das Wohlstandsziel verfehlt und die Politiker werden deshalb abgestraft. Wenn die Politiker dagegen versuchen, das Wohlstandsziel mit nach Meinung der Fachleute geeigneten Mitteln zu erreichen, dann riskieren sie, dass die Wähler ihre Politik als ‚ungerecht‘ einstufen. Nobelpreisträger für Wirtschaft (z.B. Buchanan 1999, 440) wissen, dass das Streben nach Gerechtigkeit das Streben nach Wohlstand gefährdet, aber die deutschen Wähler glauben das nicht (Petersen/Mayer 2005, 77). Politiker müssen die Risiken abwägen. Versuche zur Heuchelei entstehen. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass die Glaubwürdigkeit von Politikern möglicherweise steigt, wenn ihnen die Distanz zu den Einsichten der Fachleute besonders leicht fällt. In diesem Zusammenhang weist Caplan (2007) darauf hin, dass es im amerikanischen Kongress sehr viel mehr Juristen als Ökonomen gibt.

Bemerkenswert wegen der unorthodoxen Schlussfolgerung ist noch der Befund, dass der durchschnittliche Wähler formal gebildeter als der durchschnittliche Nichtwähler ist, dass formal Gebildete weniger stark als Ungebildete von der Meinung der Fachleute abweichen.¹⁵ Wenn das so ist, dann bedeuten niedrigere Wahlbeteiligungen verbesserte Chancen für Vernunft in der Politik. Weil die Menschen als Wähler nach Caplan gedankenlose Altruisten und nicht etwa kühle Rechner und Eigennutzmaximierer sind, ist auch nicht zu befürchten, dass die besser gebildeten und besser verdienenden Wähler systematisch eine Politik zulasten der schlechter gebildeten und schlechter verdienenden Nichtwähler befürworten. Die politische Stossrichtung von Caplans Theorie ist nicht etwa die Befürwortung der Neutralität zwischen Demokratie und Autokratie, sondern die Befürwortung eigennützigem Markthandelns statt des unbedachten Altruismus, der die Politik dominiert. Wenn Caplan Recht hat, dann ist es ja vor allem Denkfaulheit, die in der Politik gleichzeitig eigennütziges und gemeinnütziges, also an den *gemeinsamen Interessen* orientiertes, Handeln verhindert.

6. Abschließende Überlegungen

Hier wird die Auffassung vertreten, dass Rationalität nur als Komponente einer Triade zu haben ist, zusammen mit Freiheit und dem für seine Taten verantwortlich gemacht Werden. Das verantwortlich gemacht Werden hat natürlich nicht nur die negative Seite, dass man manchmal unter seinen Fehlentscheidungen lei-

¹⁵ Das gilt nicht nur in Wirtschaftsfragen, sondern auch in der Toxikologie.

det. Es gibt auch die positive Kehrseite, dass man die Früchte seiner richtigen Entscheidungen, seiner Arbeit und seiner Anstrengungen selbst genießen darf. Ein solches Rationalität begünstigendes Umfeld gibt es eher in der Wirtschaft oder in der Wissenschaft als in der Politik. In der Politik werden die Effekte des Handelns der meisten Menschen so stark von den Effekten des Handelns der Anderen überlagert und verdünnt, dass der Einzelne so gut wie keine Chance und keinen Anreiz hat, Rationalität zu entwickeln. Das kann bei den Angehörigen einer kleinen herrschenden Klasse anders sein. Aber dann treten gleich drei Probleme auf: Erstens spricht nichts dafür, dass Herrschende und Beherrschte gleiche Interessen haben. Zweitens können Machthaber Kritiker zum Verstummen bringen. Drittens können Machthaber so großen Schaden anrichten, dass eine Haftung nicht denkbar ist, weil auch Machthaber fast nie über so viel rechtmäßig erworbene Ressourcen verfügen, dass eine Wiedergutmachung für Schäden auch nur denkbar wäre. Dagegen kann man einwenden, dass auch bei Großunternehmen die Schäden den Wert des Besitzes der Manager übersteigen können. Aber so viel Spielraum für katastrophale Entscheidungen wie Spitzenpolitiker haben Unternehmer oder Manager dennoch nie.

Weil die Politik die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und die Wissenschaft setzt, ist sie immer in Versuchung, die Rationalität auch dort zu gefährden. Mit Vanberg (2008b) kann man die These wagen, dass kurzfristig und lokal Wirtschaft und Wissenschaft der Politik ziemlich hilflos ausgeliefert sind. Langfristig und global führt eine Politik der Unvernunft eine Gesellschaft in die Krise, den Niedergang oder zum Machtverlust. Damit werden die langfristigen und globalen Durchsetzungschancen für Fehlentscheidungen begrenzt. Das kommunistische Experiment, das vermutlich mehr als 100 Millionen Menschenopfer gekostet hat (Rummel 1994), ist ja nach zwei bis drei Generationen zusammen gebrochen. Die das Experiment tragenden (oder erleidenden) Gesellschaften haben (wie Russland) an Macht und Einfluss verloren oder (wie China seit 1979) nach nur einer Generation sich langsam wieder der wirtschaftlichen Freiheit und Rationalität, einschließlich der Ausnutzung komparativer Kostenvorteile, zugewandt (Lin/Cai/Li 2003; Weede 2008a; 2008b).

Weil die Demokratie durch die regelmäßige Möglichkeit, eine Regierung abzuwählen, definiert wird, sehen die Möglichkeiten der Fehlerkorrektur in der Demokratie auf den ersten Blick sehr gut aus. In den meisten westlichen Ländern finden ja alle vier Jahre Wahlen statt. Wenn man das Menschenbild der alten Politischen Ökonomie, für das etwa Downs (1968) oder Olson (1968) stehen, zugrunde legt, dann reduziert allerdings die rationale Ignoranz der Wähler die Korrekturchancen erheblich. Wenn man das Menschenbild von Caplans (2007) neuer Politischer Ökonomie zugrunde legt, wonach wir Menschen nicht nur Zielpräferenzen, sondern auch Präferenzen für oft unwirksame Mittel haben, dann sieht es noch schlechter mit den Korrekturchancen aus. Nur wenn der Leidensdruck der Wähler groß genug wird, den Fachleuten zuzuhören oder gar die Wahl der Mittel den Fachleuten zu überlassen, besteht Hoffnung auf Besserung.

Auf Dauer wird der durch die Globalisierung verstärkte Wettbewerb westliche Fehlentwicklungen in Richtung auf den Sozialismus, Hayeks (1944[1976]) „Weg zur Knechtschaft“, unter Druck setzen. Um die Wettbewerbsfähigkeit westlicher

Standorte zu stärken, sollte der Leistungswillen gestärkt werden. Dazu sollte man die Steuerlast¹⁶ mildern und die Sozialleistungen reduzieren. Wer wirtschaftlichen Erfolg durch hohe und steigende Steuerlasten bestraft und Misserfolg durch großzügige Sozialtransfers belohnt, stärkt nicht die Leistungsbeurteilung. Der internationale Steuerwettbewerb, der mit der Globalisierung verschärft wird, könnte den Steuer- und Sozialstaat zähmen. Nach Edwards und de Rugy (2002, 11–13) sind zwischen 1986 und 2000 die Spitzensätze bei der Unternehmenssteuer im Schnitt von 26 OECD-Ländern um 9 Prozent gefallen, bei der Einkommensteuer zwischen 1980 und 2000 um 20 Prozent. Dennoch sind die Steuerlasten relativ zum Bruttoinlandsprodukt oder Volkseinkommen bisher noch nicht gefallen. Vielleicht erfordert die Wettbewerbsfähigkeit im Globalisierungszeitalter in den entwickelten Ländern die Hinnahme von mehr Ungleichheit, um die Arbeitsanreize zu stärken.¹⁷ Weil die Transferzahlungen in vielen europäischen Ländern recht großzügig sind, bewegen sie sich in einer ähnlichen Größenordnung wie das, was unqualifizierte Kräfte durch Arbeit verdienen können. Damit untergräbt der Sozialstaat den Leistungswillen der gegenwärtigen Generation potenzieller Transferempfänger und fördert stattdessen die Bereitschaft, Sozialleistungen auch dann in Anspruch zu nehmen, wenn sie einem gar nicht zustehen (Heinemann 2008). Der Sozialstaat reduziert auch den Willen vieler Eltern, ihre Kinder zur Arbeitsbereitschaft zu erziehen (Lindbeck/Nyberg 2006). Die langfristigen Schäden des Sozialstaates sind viel gravierender als die kurzfristigen, was eine rechtzeitige Umkehr erschweren muss.¹⁸

Westliche Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit tragen nicht nur zur Verschiebung der Lasten von einer Generation zur nächsten, sondern auch zu problematischen Wanderungsbewegungen bei.¹⁹ Für qualifizierte Europäer gibt es Auswanderungsanreize nach den USA, weil dort die Steuerlast niedriger ist. Für unqualifizierte Zuwanderer aus armen Ländern bleibt Europa mit seinen hohen Mindestlöhnen und Sozialleistungen attraktiv. Europäischen Gesellschaften fällt es schwer – das gilt für Frankreich mehr noch als für Deutschland, für Großbritannien weniger – die Legitimität des Kapitalismus zu akzeptieren. Das könnte mit dem aristokratischen und zeitweise absolutistischen Erbe Europas (im Gegen-

¹⁶ Außerdem ist zu bedenken, dass die Politiker nicht unbedingt wissen, wer letztlich die Steuer- oder Zwangsabgabenlast trägt (Seldon 1998, 36). Das ist nicht immer der intendierte Adressat. Was die Arbeitgeberanteile bei Renten- und Krankenversicherung angeht, machen sich die meisten Arbeitnehmer Illusionen. Ich fürchte: viele Politiker auch.

¹⁷ Vor einigen Jahren wurden ökonometrische Studien vorgelegt, die einen Zusammenhang zwischen mehr Gleichheit der Einkommensverteilung, vor allem in Demokratien, und mehr Wachstum behauptet haben (Alesina/Rodrik 1994; Perrson/Tabellini 1994). Wenn das wahr wäre, dann könnten Umverteilung und der Wohlfahrtsstaat die Wachstumsaussichten von Volkswirtschaften verbessern. Aber die empirische Unterstützung für diese These ist nicht robust. Zweifelhaftes Kodieren scheinen eine wichtige Rolle beim Zustandekommen der Ergebnisse gespielt zu haben (Weede 1997). Nach Barro 2000 tragen Gleichheit unter Entwicklungsländern und Ungleichheit unter Industrieländern zu mehr Wachstum bei.

¹⁸ Es ist nicht nur der Wohlfahrtsstaat, der den Leistungswillen untergräbt. Vielleicht ist es auch der Wohlstand an sich. Nach Mueller 1998, 69: „Prosperity reduces the incentives to start businesses, take risks and innovate [...]. The challenge to perpetual growth is to induce a well-fed society to behave as if it was hungry, while remaining well-fed.“ Vgl. auch Inglehart 1997.

¹⁹ Zum Zuwanderungsproblem vgl. Weede 2007.

satz zu Amerika seit dem Ende des 18. Jahrhunderts) zusammenhängen. Ohne die Legitimitätskrise des Kapitalismus zu überwinden und entsprechende Reformen durchzusetzen, wird Europa es schwer haben, im globalisierten Wettbewerb zu bestehen (Alesina/Giavazzi 2006).

Nach Caplan (2007) besteht das Dilemma der Demokratie darin, dass die Menschen oft falsche Vorstellungen über die Mittel haben, mit denen sich gegebene Ziele erreichen lassen. In der Demokratie wirken sich diese Vorstellungen aus – in der Regel zugunsten von mehr Staat und weniger Markt. Nach Seldon (1998, 45, meine Übersetzung) hat der sozialstaatliche Umverteilungsprozess in Demokratien nicht nur negative Rückwirkungen auf die Arbeitsbereitschaft, sondern auch noch auf unsere Rationalität: „Die Demokratie hat der individuellen Kohärenz (des Denkens, E. W.) einen unerwartet schlechten Dienst erwiesen. Sie hat viele oder die meisten Menschen dazu verleitet, ihre kurzfristigen Interessen als Produzenten über ihre fundamentalen Interessen als Konsumenten zu stellen.“ Mehr Gewicht auf individuelle Freiheit und den Markt statt auf politische Mitbestimmung oder den Staat hat den Vorzug, dass man frei denken kann und muss, dass man für die Folgen seines Tuns *und seiner Gedankenlosigkeit* verantwortlich gemacht wird. In der Politik ist das Gewicht des Normalbürgers notwendigerweise so gering, dass er immer unter der Ignoranz oder Irrationalität der Anderen viel mehr als unter der eigenen Ignoranz oder Irrationalität leidet. Eine weitgehend privat-rechtlich oder kapitalistische Wirtschaft ermöglicht auch selbständigen, möglicherweise herrschaftskritischen Denkern eher das Überleben als eine zunehmend vom Staat gelenkte Wirtschaft (Bhagwati 1993; Friedman 1976). Raum für Kritik und Erkenntnisfortschritt entsteht dort, wo die Obrigkeit nicht hinein regieren kann.

Bibliographie

- Albert, H. (1988), *Kritik der reinen Erkenntnislehre*, Tübingen
 — (1991), *Traktat über kritische Vernunft*, Tübingen
 Alchian, A. A. (1950), Uncertainty, Evolution, and Economic Theory, in: *Journal of Political Economy* 58, 211–221
 Alesina, A./F. Giavazzi (2006), *The Future of Europe*, Cambridge/MA
 — /D. Rodrik (1994) Distributive Politics and Economic Growth, in: *Quarterly Journal of Economics* 109, 465–490
 Andersson, G. (1988), *Kritik und Wissenschaftsgeschichte*, Tübingen
 Ben-David, J. (1971), *The Scientist's Role in Society*, Englewood Cliffs
 Berman, H. J. (1983), *Law and Revolution. The Formation of the Western Legal Tradition*, Cambridge/MA
 Bernholz, P. (1998), International Competition Among States: Institutions, Market Regime and Innovations in Antiquity, in: P. Bernholz/M. Streit/R. Vaubel (Hrsg.), *Political Competition, Innovation and Growth*, Berlin, 109–115
 — /R. Vaubel (2004), Introduction and Overview, in: P. Bernholz/R. Vaubel (Hrsg.), *Political Competition, Innovation and Growth in the History of Asian Civilizations*, Cheltenham, 1–17
 Bernstein, A. (2006–2007), The Tragedy of Theology: How Religion Caused and Extended the Dark Ages, in: *The Objective Standard* 1(4), 1–22

- Bhagwati, J. (1993), Democracy and Development, in: L. Diamond/M. F. Plattner (Hrsg.), *Capitalism, Socialism, and Democracy Revisited*, Baltimore, 31–38
- Buchanan, J. M. (1999), *The Logical Foundations of Liberty*, Indianapolis
- /Y. J. Yoon (2008), Public Choice and the Extent of the Market, in: *Kyklos* 61, 177–188
- Caplan, B. (2007), *The Myth of the Rational Voter. Why Democracies Choose Bad Policies*, Princeton
- Dahrendorf, R. (1968), *Für eine Erneuerung der Demokratie in der Bundesrepublik*, München
- De Haan, J./C. L. J. Siermann (1995), New Evidence on the Relationship between Democracy and Economic Growth, in: *Public Choice* 86, 175–198
- /J.-E. Sturm (2000), On the Relationship between Economic Freedom and Economic Growth, in: *European Journal of Political Economy* 16, 215–241
- Deutsch, K. W. (1963), *The Nerves of Government*, New York
- Doucouliafos, H./M. Ulubasoglu (2006), Economic Freedom and Economic Growth: Does Specification Make a Difference?, in: *European Journal of Political Economy* 22(1), 60–81
- (2008), Democracy and Economic Growth: A Meta-Analysis, in: *American Journal of Political Science* 52(1), 61–83
- Downs, A. (1968), *Ökonomische Theorie der Demokratie*, Tübingen
- Edwards, C./V. de Rugy (2002), *International Tax Competition. A 21st Century Restraint on Government*, Washington
- Farr, W. K./R. A. Lord/J. L. Wolfenbarger (1998), Economic Freedom, Political Freedom, and Economic Well-Being, in: *CATO Journal* 18(2), 247–262
- Feldmann, H. (2007), Economic Freedom and Unemployment around the World, in: *Southern Economic Journal* 74(1), 158–176
- Frey, B. (2007), The Rankings and Evaluation Mania, in: P. Baake/R. Borck (Hrsg.), *Public Economics and Public Choice*, Berlin, 181–192
- /R. Eichenberger (1991), Anomalies in Political Economy, in: *Public Choice* 68, 71–89
- Friedman, M. (1976), *Kapitalismus und Freiheit*, München
- Gwartney, J. D./R. A. Lawson (2004), Economic Freedom, Investment, and Growth, in: J. D. Gwartney/R. A. Lawson, *Economic Freedom of the World. Annual Report 2004*, Vancouver, 28–44
- /R. D. Holcombe/R. A. Lawson (2006), Institutions and the Impact of Investment on Growth, in: *Kyklos* 59, 255–273
- von Hayek, F. A. (1971), *Die Verfassung der Freiheit*, Tübingen
- (2001), *Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Aufsätze zur Wirtschaftspolitik*, Tübingen
- (2002), *Grundzüge einer liberalen Gesellschaftsordnung*, Tübingen
- Heinemann, F. (2008), Is the Welfare State Self-Destructive? A Study of Government Benefit Morale, in: *Kyklos* 61, 237–257
- Inglehart, R. (1997), *Modernization and Postmodernization*, Princeton
- Jones, E. L. (1991), *Das Wunder Europa*, Tübingen
- Kahneman, D./A. Tversky (1979), Prospect Theory: An Analysis of Decisions under Risk, in: *Econometrica* 47(2), 263–291
- (1984), Choices, Values, and Frames, in: *American Psychologist* 39(4), 341–350
- Kammler, H. (1990), Interdependenz der Ordnungen, in: *ORDO* 41, 45–49
- Kuhn, T. S. (1976), *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*, Frankfurt/M.
- Krueger, A. O. (1995), *American Trade Policy*, Washington

- Lakatos, I. (1974), Falsifikation und die Struktur wissenschaftlicher Forschungsprogramme, in: I. Lakatos/A. Musgrave (Hrsg.), *Kritik und Erkenntnisfortschritt*, Braunschweig, 89–191
- Lin, J. Y./F. Cai/Z. Li (2003), *The China Miracle: Development Strategy and Economic Reform*, Hong Kong
- Lindbeck, A./S. Nyberg (2006), Raising Children to Work Hard, in: *Quarterly Journal of Economics* 121, 1473–1503
- Lipset, S. M. (1962), *Soziologie der Demokratie*, Neuwied
- Liu, L. (2007), *Wirtschaftliche Freiheit und Wachstum*, Münster
- McKenzie, R. B./G. Tullock (1978), *The New World of Economics*, Homewood
- Mehlkop, G. (2002), *Wirtschaftliche Freiheit, Einkommensungleichheit und physische Lebensqualität*, Opladen
- Mises, L. von (1927), *Liberalismus*, Jena
- Mueller, D. (1998), On the Decline of Nations, in: P. Bernholz/M. Streit/R. Vaubel (Hrsg.), *Political Competition, Innovation and Growth*, Berlin, 53–75
- Müller-Jung, J. (2008), Ohne Gentechnik. Die Forschung wird in die Knie gezwungen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30. April, N1
- Nemo, P. (2006), *What is the West?*, Pittsburgh
- North, D. C. (1988) *Theorie des institutionellen Wandels*, Tübingen
- Olson, M. (1968), *Die Logik des kollektiven Handelns*, Tübingen
- Paldam, M./E. Grundlach (2008), Two Views on Institutions and Development: The Grand Transition vs. the Primacy of Institutions, in: *Kyklos* 61(1), 65–100
- Perrson, T./G. Tabellini (1994), Is Inequality Harmful for Growth?, in: *American Economic Review* 84, 600–621
- Petersen, T./T. Mayer (2005), *Der Wert der Freiheit*, Freiburg
- Pipes, R. (1999), *Property and Freedom*, New York
- Popper, K. R. (1934[1969]) *Logik der Forschung*, Tübingen
- (1958), *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. 2. Band. Falsche Propheten: Hegel, Marx und die Folgen*, Bern
- (1969), Die Logik der Sozialwissenschaften, in: T. W. Adorno et al., *Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie*, Neuwied, 103–123
- (1973), *Objective Knowledge*, Oxford
- Przeworski, A. et al. (2000), *Democracy and Development*, Cambridge
- Rosenberg, N./L. E. Birdzell (1986), *How the West Grew Rich*, New York
- Rummel, R. J. (1994), *Death by Government*, New Brunswick
- Seldon, A. (1998), *The Dilemma of Democracy*, London
- Smith, A. (1776[1990]), *Der Wohlstand der Nationen*, München
- Stark, R. (2005), *The Victory of Reason. How Christianity Led to Freedom, Capitalism, and Western Success*, New York
- Tanzi, V./L. Schuknecht (2000), *Public Spending in the 20th Century*, Cambridge
- Tullock, G. (1974), *The Social Dilemma*, Blacksburg
- Vega-Gordillo, M./J. L. Alvarez-Arce (2003), Economic Growth and Freedom, in: *CATO Journal* 23(2), 199–215
- Vanberg, V. J. (2008a), Can Competition between Governments Enhance Democracy?, in: A. Bergh/R. Höijer (Hrsg.), *Institutional Competition*, Cheltenham, 113–128
- (2008b), ‘The Science-as-Market’ Analogy: A Constitutional Economics Perspective, Paper presented at the *European Public Choice Society Meetings*, Jena
- Vaubel, R. (2008), A History of Thought on Institutional Competition, in: A. Bergh/R. Höijer, (Hrsg.), *Institutional Competition*, Cheltenham, 29–66

- Weber, M. (1922[1964]), *Wirtschaft und Gesellschaft*, Köln
- Weede, E. (1992), *Mensch und Gesellschaft*, Tübingen
- (1996), Political Regime Type and Variation in Economic Growth Rates, in: *Constitutional Political Economy* 7(3), 167–176
 - (1997), Income Inequality, Democracy and Growth Reconsidered, in: *European Journal of Political Economy* 13(4), 751–764
 - (2000), *Asien und der Westen*, Baden-Baden
 - (2003), Evolution und Planung, in: *Analyse & Kritik* 25(1), 60–79
 - (2006), Economic Freedom and Development, in: *CATO Journal* 26(3), 511–524
 - (2007), Zuwanderung: Pro und contra. Selektiv oder bedingungslos?, in: *List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik* 33(4), 291–309
 - (2008a), Asia's Giants in the World Economy: China and India, in: A. Bergh/R. Höijer (Hrsg.), *Institutional Competition*, Cheltenham/UK, 230–260
 - (2008b), The Transition to Capitalism in China and Russia, in: M. Sasaki (Hrsg.), *New Frontiers in Comparative Sociology*, Leiden